

**Rede  
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und sozial- und  
gesundheitspolitischen Fraktionssprechers**

**Uwe Schwarz MdL**

zu TOP 26

**Haushaltsberatungen 2015 – Soziales**

während der Plenarsitzung vom 16.12.2014  
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

zunächst unser Dank an Frau Sozialministerin Rundt und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die wie immer gute Vorbereitung und Begleitung der Haushaltsberatungen im Fachausschuss.

Wenn bei der CDU-Opposition eins beständig ist, dann die gewaltigen Gedächtnislücken hinsichtlich ihrer Regierungshinterlassenschaften.

Z. B. im Bereich **Krankenhäuser**

Als Sie die Regierung 2003 übernommen haben, lag der Investitionsbedarf bei 390 Mio. Euro.

- Hinterlassen haben Sie uns einen Investitionsstau von 1,2 Mrd. Euro.
- Sie haben die Investitionskosten 2010 auf 35 Mio. Euro gekürzt.
- Sie haben 10 Jahre kein einziges Strukturgespräch geführt.

Die Folge: Fast zwei Drittel aller Krankenhäuser haben wirtschaftliche Probleme. Und Ihr bisher einziger Lösungsvorschlag ist eine Enquetekommission.

Es gibt hier keine Erkenntnisdefizite, sondern das vollständige Versagen der Vorgängerregierung.

Diese Landesregierung hat allein dieses Jahr in 10 Regionen Strukturgespräche geführt. Wir haben 2014 4 Mio. Euro für Umstrukturierungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt und 2015 werden es 6 Mio. Euro sein.

Wir haben exakt das eingeleitet, was die Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Bundesgesundheitsminister Gröhe jetzt für ganz Deutschland vorschlägt. Wie übrigens auch viele andere Elemente aus unserem vorgelegten Antrag zur Sicherung der Krankenhausstruktur.

Wir sind Frau Ministerin Rundt für Ihren erfolgreichen Einsatz in der Bund-Länder-Kommission sehr dankbar.

Die CDU-Fraktion sollte sich überlegen, ob sie sich bei Strukturveränderungen weiterhin an die Spitze jeder Protestbewegung stellt oder sich konstruktiv an der Sicherung einer wohnortnahen Versorgung beteiligt.

Die ums blanke Überleben kämpfende FDP setzt noch einen drauf.

Sie sammelt schnell die 6 Mio. Euro für Strukturmaßnahmen aller Krankenhäuser ein, weitere 6 Mio. bei den Uni-Kliniken und gaukelt so den Menschen vor, Salzgitter direkt aus dem Landeshaushalt zu finanzieren.

Gegen den Beschluss des zuständigen Krankenhausplanungsausschusses, an den sich jede Landesregierung bisher exakt gehalten hat – auch Ihre.

Und wieso eigentlich dieses Haus und nicht Dissen, Gronau oder Alfeld?

CDU und FDP haben in der Krankenhauspolitik das organisierte Chaos hinterlassen und jetzt fangen Sie auch noch an, die Häuser gegeneinander auszuspielen. Schlimmer und unseriöser geht es nicht mehr. So werden Sie jedenfalls nicht über die 2%-Marke hinauskommen.

### **Altenpflege**

Auch das Thema Pflege nimmt unter Rot-Grün Konturen an.

Niedersachsen wurde in der vorausgegangenen Wahlperiode zum bundesweiten Schlusslicht in der Altenpflege. Auch dies ist eine schwere Hypothek. Wir begrüßen die geplanten Leistungsverbesserungen durch den Bund zum 1.1.2015, insbesondere für Menschen mit Demenz.

Ab 2015 wird in Niedersachsen die Schulgeldfreiheit in der Altenpflege gesetzlich abgesichert. Allein dafür stellen wir 6,8 Mio. Euro zur Verfügung. Ein wichtiger Beitrag zur Erhöhung der Wertschätzung für Pflegeberufe.

Zur Sicherung der ambulanten Pflege sowie der Verbesserung der Tages- und der Kurzzeitpflege wird 2015 der Rekordbetrag von knapp 41 Mio. Euro eingestellt (117 Mio. für stationäre IV).

Nach vorliegenden Gutachten müssen 41.000 Altenpflegekräfte bis 2030 neu ausgebildet werden. Durch die derzeit fehlenden Ausbildungsplätze würden 2020 6.500 zusätzliche Fachkräfte fehlen. Deshalb werden wir 2015 eine gesetzliche Umlagefinanzierung in der Altenpflegeausbildung einführen.

Dieses Ausmaß des drohenden Pflegenotstandes wäre nicht notwendig gewesen, wenn sich die frühere CDU-Landesregierung nicht mit Beschönigungen und Gesundbeten aufgehalten hätte.

Zusätzlich stellt die Koalition für die Förderung von alternativen modellhaften Wohnformen im Alter, erneut eine Mio. Euro zur Verfügung und auch die Novellierung des Niedersächsischen Heimgesetzes steht 2015 auf der Agenda.

Für die Einrichtung einer Pflegekammer werden wiederum 50.000 Euro im Haushalt eingesetzt.

Die Pflegekammer ist nicht das Allheilmittel für die Lösung der Probleme in der Pflege. Aber es ist auch nicht hinnehmbar, dass die größte Berufsgruppe in der Pflege – wenn überhaupt – immer am Katzentisch sitzt, wenn Leistungsanbieter und Pflegekassen über ihre Rahmenbedingungen verhandeln.

Wie in Rheinland-Pfalz, wo morgen die Pflegekammer im Landtag beschlossen wird, werden wir auch in Niedersachsen die Einrichtung einer Pflegekammer vorantreiben.

### **Jugendpolitik/Familie**

In der Jugendpolitik wurde gestern der Landesjugendhilfeausschuss endlich wieder gesetzlich verankert. Damit erhalten die Akteure der Jugendpolitik die ihnen von der Vorgängerregierung genommenen Beteiligungs- und Entscheidungsrechte wieder zurück.

Der Betrag für die Förderung der Landesstelle Jugendschutz wird um 150.000 Euro auf eine halbe Million erhöht und das Freiwillige Soziale Jahr „Politik“ wird auf 40 Plätze pro Jahr aufgestockt.

Im Bereich Suchtbekämpfung und Prävention wurde der Ansatz im vergangenen Jahr um mehr als 10 % auf insgesamt knapp 8 Mio. Euro erhöht. Jetzt kommen nochmals 200.000 Euro hinzu.

Das ist allemal zielführender als der leidenschaftliche Kampf der Oppositionsfraktionen um die Eigenbedarfsgrenze bei Cannabis.

### **Inklusion**

Seit 2009 gilt die UN-BRK auch in Deutschland.

Nachdem CDU und FDP die Vorlage eines Landesaktionsplanes zur Umsetzung der UN-Konvention schlicht verweigerten, hat die Fachkommission, unter Vorsitz unseres Beauftragten für Menschen mit Behinderungen, vergangener Woche der Sozialministerin ihren Arbeitsbericht übergeben. Sozusagen das Vermächtnis von Karl Finke.

Karl Finke war 24 Jahre Landesbeauftragter. Er war der mit Abstand Dienstälteste und erfahrenste Behindertenbeauftragte bundesweit.

Er hat fünf frühere Ministerpräsidenten vor Stephan Weil politisch überlebt. Er hat unglaublich viel zur Bewusstseinsveränderung beigetragen.

Nicht nur Menschen mit Handicaps, sondern wir alle sind ihm zu großem Dank verpflichtet.

Schon 2015 wollen wir mit der Novellierung des NBGG beginnen und für modellhafte Inklusions-Projekte auf der kommunalen Ebene verankert Rot-Grün erneut eine halbe Mio. Euro.

Wie schon 2014 werden auch 2015 die prognostizierten Steigerungen der Personal- und Sachkosten sowie der Zuwachs an Leistungsempfängern vollständig finanziert.

Ein deutlicher Unterschied zu den 86 Mio. Euro Kürzungen durch Nullrunden unter der CDU-FDP-Regierung.

Allein 1,8 Mrd. Euro gibt das Land 2015 für die Behindertenhilfe aus. Der mit Abstand größte Einzelposten. Aber er reicht bei Weitem nicht, um eine gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen anzugehen.

Ja, Inklusion ist teuer, aber keine Inklusion ist noch teurer. Allein die Debatte um eine inklusive Beschulung zeigt, wie schwierig der Weg zur gleichberechtigten Teilhabe immer noch ist.

Wer dann aus leicht durchschaubaren, parteipolitischen Motiven Ängste von Eltern, Schülern und Lehrkräften schürt und instrumentalisiert, schadet dem Inklusionsgedanken nachhaltig und erweist den betroffenen Kindern einen Bärendienst.

An dieser Stelle sollte sich die CDU wirklich schämen.

### **Maßregelvollzug**

Aber diese Union hat sich ohnehin weitgehend von seriöser Politik verabschiedet. Sie setzt auf Skandalisierung und Diskreditierung, z. B. im Maßregelvollzug.

Seit Jahren gibt es ungefähr 25.000 Vollzugslockerungen im Maßregelvollzug. Dem stehen jährlich durchschnittlich 16 bis 20 aktive Entweichungen gegenüber. Dieses Jahr waren es bisher 15 Entweichungen.

Die SPD hat in der CDU-Regierungszeit kein einziges Mal eine Entweichung skandalisiert, weil das nachhaltig den Einrichtungen und den dort behandelten Patienten schadet.

Anders die CDU:

- Ausgangspunkt war ein spektakulärer Ausbruch in Moringen am 4.10.14.
- Nach Freigabe der öffentlichen Fahndung wurde sofort am 7.10.14 der Sozialausschuss unterrichtet.
- Am 8.10. ist der ärztliche Direktor aus Moringen im Ausschuss.
- Anstatt ihn direkt zu befragen, stellt der CDU-Abgeordnete Hilbers erst unmittelbar nach der Sitzung einen Antrag auf sofortige Unterrichtung im Sozialausschuss.
- Bereits einen Tag später (9.10.) findet diese Unterrichtung statt. Alle Fragen werden beantwortet, das Konzept vorgestellt. Der Ausschuss dankt einmütig,
- Herr Hilbers nimmt zwar an der Sitzung nicht teil, erklärt aber draußen in die Kameras: „Erschreckend, die Sozialministerin hat immer noch kein Konzept“.
- Am 7.11. legt der selbsternannte sozialpolitische CDU-Lautsprecher Hilbers nach: „Immer wieder gefährliche Straftäter auf der Flucht“ titelt er.
- Beim Besuch des Sozialausschusses am 27.11. im LKH Moringen fehlt Pseudosprecher Hilbers, die CDU tritt ohnehin nur mit der halben Ausschussbesetzung an.  
Eine objektive Unterrichtung ist ihr nicht so wichtig.

„Hauptsache mit Dreck werfen, es wird schon was hängen bleiben“, ist die Devise von Thümler, Nacke und Co.

Wer so Politik macht, schürt nicht nur Politikverdrossenheit, sondern der scheidet als ernsthafter, seriöser Gesprächspartner aus.

Es war Ihre Landesregierung,

- die die Landeskrankenhäuser erst finanziell geplündert und dann privatisiert hat;
- die Überbelegung hingenommen und nicht ausreichende Kapazitäten geschaffen hat;
- die durch Nichterfüllung der Personalverordnung viel zu wenig Personal in die LKH gegeben hat;
- die das Maßregelvollzugsgesetz nicht angefasst und kein Psychiatriekonzept vorgelegt hat.

Sie sind doch sonst so schnell mit Untersuchungsausschüssen. Beantragen Sie doch dazu mal einen, auf die Nummer freue ich mich schon.

Auf alle Fälle sind Sie die letzten, die bei dieser Hinterlassenschaft kluge Ratschläge geben sollten.

Es hatte schon Gründe, weshalb Sie abgewählt worden sind, auch wenn Sie das noch immer nicht verkraften können.

Jetzt wird Sozialpolitik endlich wieder gestaltet, und allein das ist schon ein deutlicher Fortschritt.